

Warum so viel Flüchtlinge und warum gibt es überhaupt eine Flüchtlingsproblematik? Oder war es das Asylproblem, die Migration oder die Einwanderung?

In der Tageszeitung DIE WELT vom 23. September 2014 schrieb Jacques Schuster zu diesem Thema einen Artikel, der die gegenwärtigen Probleme aufgreift und auf Schwachstellen der Politik hinweist. Schließlich befinden sich alle Diskutanten in einer Endlosschleife der Problemlösung, indem sie sich 20 Jahre die Köpfe zu diesem Thema heiß geredet haben, meint Jacques Schuster. Nach seiner Meinung ist der Grund für die jüngste Aufwallung in der grünen Identitätskrise zu suchen, indem die Grünen glauben, sich auf die verbohrt Positionen der achtziger Jahre zurückbesinnen zu müssen. Es besteht nämlich der Widerspruch zwischen der Berechtigung auf Asyl und einer nahenden Mitgliedschaft in der EU für die Länder, deren Staatsbürger das Weite suchen, so der Autor. Die Balkanländer Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina wollen der EU beitreten. Wenn dieser Zustand nach entsprechenden Verhandlungen einträte, können ihre Bürger kein Asyl beantragen. Handelt es sich bei diesen Kandidaten aber um korrupte Schurkenstaaten, dann darf mit ihnen über eine Aufnahme in die EU gar nicht erst geredet werden.

Unsere Verfassung ist das Ergebnis des 2. Weltkriegs aus einem Gefühl der Humanität gegenüber rassisch, politisch und religiös Verfolgten, aber nicht um allen in Not Geratenen Heimat zu verschaffen. Deshalb hat gerade der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg einen weisen Kompromiss ausgehandelt. Dieser besagt, dass Asylsuchende in Deutschland in Zukunft besser gestellt werden, der Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingen aus den Balkanländern aber erschwert wird. Damit ist das Einwanderungsproblem aber noch nicht gelöst.

Der Autor Jacques Schuster wünscht in der anstehende Debatte mehr Wahrheit und macht folgende Vorschläge:

1. Asyl erhalten nur Menschen, die im Sinne des Grundgesetzes verfolgt sind.
2. Welche Maßnahme die Europäer auch ergreifen, sie werden das Flüchtlingsproblem nicht lösen, weil weder Nächstenliebe noch Härte den Flüchtlingsstrom aus Afrika, dem Nahen und Fernen Osten stoppen werden.
3. Deutschland ist auf Einwanderung angewiesen.

Was ist also zu tun? Es muss eine begrenzte Aufnahmebereitschaft geben, die sowohl der Abwehr als auch der Abschreckung dient. Aus Schätzungen ist zu entnehmen, dass noch 600 000 Menschen an der afrikanischen Küste auf eine Mitfahrgelegenheit warten. Mindestens

einmal in der Woche tauchen Berichte dazu in den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendungen auf. Wer es von diesen Flüchtlingen über den hohen Abgrenzungszaun in Marokko Richtung Europa geschafft hat, muss erst ein Aufnahmeverfahren abwarten. Die Chance einer Einreise bestehen für weniger als 5 Prozent. Seit einem Jahr, als mehr als 300 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken waren, war das Erschrecken groß. Als Ergebnis dieses europäischen Erschreckens werden jetzt mehr Flüchtlinge von der italienischen Küstenwache gerettet. Sie erreichen Lampedusa oder Sizilien und werden dann in andere Länder geleitet, darunter auch nach Deutschland. Inzwischen schlagen die Kommunen Alarm, weil sie keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr haben.

Jacques Schuster schlägt vor, die auf den Seelenverkäufern von der Küstenwache aufgegriffenen Flüchtlinge, die viel Geld für die Überfahrt gezahlt haben, umgehend wieder auf die afrikanische Seite zu bringen und die „Seelenverkäufer“ der Schlepperbanden zu versenken. Unter Aufsicht des UN-Flüchtlingswerks UNHCR, das von der EU finanziert werden muss, werden die Asyl- und Einwanderungersuche nur dort bearbeitet. Kriegsflüchtlinge werden bevorzugt behandelt.

Deutschland fehlt ein Einwanderungsgesetz, das Quoten nach Herkunftsländern und Qualifikation vorschreibt, die nach deutschen Bedürfnissen jährlich neu festgelegt werden müssen. Warum ist das bisher nicht geschehen? Diskutiert wird darüber seit Jahren, aber wahrscheinlich aus ideologischen Gründen wird dieses wichtige Thema von der Politik nicht angepackt; denn wer es tatsächlich tut, wird schnell in eine rechte Schmutzdecke und damit politisch kalt gestellt. Kein Wunder, wenn in diesem Klima die Bürger keine Lust mehr haben, zur Wahl zu gehen.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 14. Oktober 2014